

Auftragserweiterung des 1. Untersuchungsausschusses (Gorleben) des Deutschen Bundestages

Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert den Deutschen Bundestag dazu auf, den 1. Untersuchungsausschuss (Gorleben) damit zu beauftragen, neben der Entscheidung der Regierung Kohl vom 13. Juli 1983, die Standortsuche für geeignete Endlager hochradioaktiven Materials mit der Erkundung des Salzstockes Gorleben abzuschließen,

1. auch die zum Stopp der Erkundung am 1. Oktober 2000 führenden Beweggründe des ehemaligen Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Jürgen Trittin sowie
2. die Bemühungen der Regierung Schröder um eine alternative Lösung zur Endlagerung hochradioaktiver Abfälle zu untersuchen.